

Protokoll:

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid ist der Auffassung, dass vor einer Beschlussfassung zunächst das Interesse in der Bevölkerung eruiert werden sollte. Auch sei er im Vorfeld auf die Kosten einer solchen Umfrage angesprochen worden, wozu man in der Ratssitzung am 01.02.2013 eine Anfrage gestellt habe. In der Stellungnahme sei von der Verwaltung die nun im Antrag aufgegriffene Möglichkeit zur Kostenreduktion aufgezeigt worden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt die gemeinsame Stellungnahme der Verwaltung zu den Tagesordnungspunkten 24, 25 und 26 vor.

Rm Schupp (FDP) merkt an, dass auf der Karthause 93 % der Bürger gegen die Einrichtung eines Ortsbeirates seien. Auch der Ortsring der Karthause mit den Vertretern aller Vereine habe sich einstimmig gegen die Einrichtung eines Ortsbeirates abgelehnt.

Die FDP-Fraktion lehne die Anträge TOP 24 und 25 ab und stelle zu TOP 26 den Änderungsantrag, dass die Umfrage in allen Stadtteilen, also auch in denen, die derzeit über einen Ortsbeirat verfügen, erfolgen solle.

Rm Baum (FBG) teilt für seine Fraktion mit, dass man alle drei Anträge ablehnen werde und der Status quo beibehalten werden sollte.

Rm Kriebs (FDP) fragt die antragstellenden Fraktionen, wo diese das Geld einsparen wollten, das für die Einrichtung zusätzlicher Ortsbeiräte benötigt würde.

Rm Biewer (CDU) merkt an, dass man sich für die Schaffung zusätzlicher Ortsbeiräte ausspreche, allerdings müsse in einem Konzept gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet werden, ob man ggf. auch Stadtteile zu Ortsbezirken zusammenfasse und hierfür einen gemeinsamen Ortsbeirat einrichte.

Ortsbeiräte hätten ferner die Möglichkeit aufgrund besserer Ortskenntnis Einsparpotentiale zu generieren, da z.B. kostenintensive Anliegen abgelehnt oder andere Ideen umgesetzt werden könnten.

Auch sollten die Ortsbeiräte zukünftig mit einem Budget ausgestattet werden und mehr Kompetenzen erhalten. Dadurch könnten Maßnahmen auch lokal kostengünstig verhandelt werden. Dies führe auch zu mehr Bürgernähe.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid teilt mit, dass ihm die Entscheidungsfindung sehr schwer falle, da man die Auswirkungen nur sehr schwer abschätzen könne. So sollte man angesichts der 169 zusätzlich erforderlichen Ortsbeiratsmitglieder zunächst die Zustimmung in der Bevölkerung erfragen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer merkt an, dass die Aussage von Rm Schupp (FDP) gegenüber der Presse, dass die zusätzlichen Ortsbeiräte von den großen Parteien nur gewollt seien um ihren Mitgliedern in den Stadtteilen einen Posten zu beschaffen, eines Ratsmitgliedes nicht würdig sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke ist der Auffassung, dass es bisher keine Probleme in den Stadtteilen gegeben habe, in denen es keine Ortsvorsteher gebe. Ebenso habe es keine Probleme in den Stadtteilen mit Ortsvorsteher gegeben. Insofern spreche er sich für die Beibehaltung der aktuellen Situation aus.

Er könne darüber hinaus nicht nachvollziehen, wie angesichts der gefassten Eckwertebeschlüsse die vorliegenden Anträge gestellt werden könnten. Die großen Parteien hätten in den Stadtteilen ihre Ortsverbände und auch an die Ratsmitglieder könnten sich die Bürgerinnen und Bürger jeder Zeit wenden.

Rm Keul-Göbel (BIZ) empfiehlt FBG-Fraktionsvorsitzendem Gniffke an einer Ortsbeiratssitzung teilzunehmen und so zu sehen, welche Themen dort diskutiert und welche Einsparungen erreicht würden. Auch bezögen sich die im Stadtrat gestellten Anträge meist auf Stadtteile ohne Ortsbeirat. Da man aber eben das Stimmungsbild in der Bevölkerung nicht abschätzen könne, spreche man sich, wie im Antrag formuliert, für die Durchführung einer Umfrage aus.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) hält es grundsätzlich für wichtig, dass in jedem Stadtteil Ansprechpartner vorhanden seien, dies sei aber bei der derzeitigen opulenten Ausgestaltung der Ortsbeiräte nicht möglich. Angesichts der derzeit nur beratenden Funktion der Ortsbeiräte müsse man dann auch über Kompetenzübertragungen vom Stadtrat nachdenken und dementsprechend den Stadtrat verkleinern. Dies erfordere eine grundsätzliche Reform der Strukturen, die auch bis 2019 wohl nicht umsetzbar sei. Auch müssten die Ortsbeiräte nicht aus 10 oder mehr Mitgliedern bestehen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für mehr Bürgerbeteiligung aus, sieht sich allerdings nicht in der Lage einem der Anträge auf Einrichtung zusätzlicher Ortsbeiräte zuzustimmen. Auch müsse man sich Gedanken um schlankere Strukturen und die entstehenden Kosten machen.

Rm Kriebs (FDP) verweist zu den entstehenden Kosten darauf, dass man im Jugendhilfeausschuss und anderen Ausschüssen über einige tausend Euro streite, die Kinder und Jugendliche betreffen. Sie frage sich nach wie vor, wie die zusätzlichen Ortsbeiräte finanziert werden sollten.

Aus der Mitte des Stadtrates wird der Antrag auf Ende der Debatte gestellt.

Der o.g. Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt zu, dass in der nächsten Bürgerumfrage eine Frage zu der Thematik Einrichtung zusätzlicher Ortsbeiräte eingebunden werde.